

ALTERNATIVE BUDGETREDE

Das Budget der Vielen

Gemeinsam eine gerechte Zukunft gestalten

9. Juni 2026



Ein Alternatives Budget der Vielen

Gemeinsam eine gerechte Zukunft gestalten

Jetzt geht's um unsere Zukunft. Die Bundesregierung stellt ihre Kürzungspläne als alternativlos dar. Wir zeigen: Es geht auch anders. Es ist lediglich eine Frage des politischen Willens. Jetzt gilt es, wichtige Weichen zu stellen und ein Zukunfts-Investitionspaket auf den Weg zu bringen. Es zeichnet sich ab, dass Einschnitte besonders auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die schon jetzt strukturell benachteiligt werden. Das ist sozial ungerecht und ökonomisch der falsche Weg. Und gleichzeitig werden teure Geschenke an Unternehmen verteilt und das Militärbudget weiter erhöht. Anstatt bei Frauen, Familien, im Sozialbereich und beim Klimaschutz zu kürzen, brauchen wir gerade jetzt Investitionen in eine faire und nachhaltige Zukunft. Unser Budget der Vielen zeigt: Das Geld ist da – ganz ohne den finanziell schlechter Gestellten noch größere Lasten aufzubürden. Budgetieren ist immer eine Prioritätenfrage. Und eine Frage, wer wie viel beiträgt.

Hinter dem hier vorgestellten Alternativen Budget stehen folgende Organisationen: Österreichischer Frauenring, Attac Österreich, FAIRSorgen!, Inklusion Österreich, Fridays For Future Austria, die Armutskonferenz, Fiscal Future Austria, One Billion Rising, BEIGEWUM, GLOBAL 2000, Women's International League for Peace & Freedom.

Einnahmen Potentiale: Faire Beiträge für ein gutes Leben für alle

Das Geld für ein Zukunftsbudget ist da. Es ist nur eine Frage des politischen Willens, um in Zukunft schädliche Ausgaben abzubauen und faire Beiträge der Reichsten einzuheben. Folgende Maßnahmen bringen Mehreinnahmen von mindestens **30 Milliarden Euro** jährlich, mittelfristig - je nach Ausgestaltung - auch deutlich mehr:

Ein fairer Beitrag der Reichsten

Steuern sind ein wichtiger Baustein für ein gutes Zusammenleben, doch ausgerechnet die Reichsten tragen in Österreich immer weniger zum Steueraufkommen bei.¹ Stattdessen verdoppelt sich das Vermögen österreichischer Milliardär*innen alle 7 Jahre.² Die Einkommen und Vermögen der Überreichen steigen auch in Krisenzeiten viel schneller als jene der arbeitenden Menschen. Das schafft auch ein leistungsfeindliches Klima, in dem nur aus Geld mehr Geld wird, aber nicht aus Arbeit.

Daher fordern wir einen fairen Beitrag der Reichsten – durch höhere und progressive vermögensbezogene Steuern. Jährlich sind dadurch zusätzliche Einnahmen von rund 28 Milliarden Euro möglich.

¹ <https://www.beitrag-der-reichsten.at>

² <https://www.attac.at/kampagnen/die-reichsten-gefaehrden-unsere-demokratie>

Ein gerechter Beitrag von Konzernen durch eine progressive Körperschaftsteuer bringt jährlich 4 Milliarden Euro³, eine Faire-Zukunfts-Steuer auf Erbschaften und Schenkungen⁴ weitere 2 Milliarden. Der größte Beitrag kann jedoch durch eine progressive Vermögenssteuer geleistet werden, die Mehreinnahmen von etwa 22 Milliarden Euro bringt⁵.

Klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen

Die aktuellen Klimaschutzmaßnahmen der Republik Österreich sind nicht ausreichend, um unsere Klimaziele zu erreichen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Mit dem Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen lassen sich zwei Probleme mit einem Maßnahmenpaket lösen. Hier besteht laut Wirtschaftsforschungsinstitut ein Sparpotential von 5,7 Milliarden Euro jährlich⁶.

Wir fordern deshalb die folgenden Maßnahmen, um bei den klimaschädlichen Staatsausgaben zu sparen:

- Aufweichung des Dienstwagenprivilegs: Kilometerabhängiger Sachbezug mit höheren Sätzen für Verbrenner (z. B. ~15 Cent/km) und Abschaffung der Deckelung ermöglicht Mehreinnahmen von rund 300 Millionen Euro/Jahr.
- Abschaffung des Diesel Privilegs: Eine gestaffelte Angleichung der Dieselsebesteuerung an den Steuersatz von Benzin innerhalb von 3 Jahren ermöglicht langfristige Mehreinnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr.
- Reformierung der Flugticketabgabe: Anpassung der Flugticketabgabe an ein distanzgestaffeltes Modell, sodass die wahren ökologischen Kosten des Fluges abgebildet werden. Hier kann sich die Bundesregierung am deutschen Vorbild orientieren, wobei die Flugticketabgabe je nach Flugdistanz gestaffelt erhöht wird (ca. 30€ < 400 km, 50€ 400–800 km, 70€ > 800 km). Zusätzlich fordern wir die Einführung einer "Privatjet-Solidaritätsabgabe" in Höhe von mindestens 5.000 Euro pro Flug. Dadurch sind Mehreinnahmen von mehr als einer Milliarde Euro/Jahr möglich.
- Ökologisierung der Pendlerpauschale: Ein Erhalt der Pendlerpauschale muss an die ÖPNV-Nutzung gekoppelt werden. Nutzen Arbeitnehmer*innen mit einem Arbeitsweg von bis zu 20 km den ÖPNV für ihren Arbeitsweg, so sollen diese in die "kleine" Pendlerpauschale mit aufgenommen werden. Für die große Pendlerpauschale soll die Reise bis zum nächsten ÖPNV-Hub ausbezahlt und herangezogen werden. Die Höhe einer ökologisch ausgestalteten Pendlerpauschale soll sich an den tatsächlichen Kosten für die ÖPNV-Nutzung bis zum 1-2-3 Klimaticket orientieren. Budgetär kommt es damit jährlich zu Einsparungen von über 200 Millionen Euro⁷.
- Umsetzung der EU-Wegekostenrichtlinie: Vollständige Ausschöpfung durch Anhebung der LKW-Maut

³ <https://www.attac.at/kampagnen/konzerne-ihre-beitrag-bitte/die-progressive-koest>

⁴ Mit einem großzügigen Freibetrag von 1 Million Euro.

⁵ <https://www.attac.at/kampagnen/die-reichsten-gefahrden-unsere-demokratie>

⁶ <https://www.wifo.ac.at/publication/70096/>

⁷ https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:d4500d01-1380-4567-a101-21b29dfa3950/06_Pendlerpauschale_HH.pdf

Übergewinne von fossilen Konzernen und Energiekonzernen fair besteuern

Konzerne, die von unserer fossilen Abhängigkeit und steigenden Preisen aufgrund internationaler Konflikte profitieren, werden aktuell nicht angemessen besteuert. Allein zwischen Dezember 2022 und Ende 2024 verzeichneten OMV, Verbund und Landesenergieversorger Übergewinne in Höhe von 10,25 Milliarden Euro. Davon mussten sie lediglich 5,5% durch Übergewinnsteuern zum Budget beitragen.⁸ Alleine die Fortführung dieser Maßnahme bringt jährliche Mehreinnahmen von über 500 Millionen Euro. In Anbetracht der anhaltend hohen Energiepreise für Konsument*innen und Haushalte und Übergewinne von Energiekonzernen fordern wir eine Verlängerung und Anpassung dieser Steuer.

Familienbonus: Das Geld für alle Kinder einsetzen statt für gutverdienende Väter

Der aktuelle Familienbonus kommt vor allem hoch verdienenden Vätern zu Gute, da nur sie dessen volle Höhe ausschöpfen können. Wir fordern daher die Umwandlung dieses teuren "Hochverdiener-Väter-Bonus" alias Familienbonus, der jährlich rund 2,6 Milliarden Euro kostet, in einem Fairness-Aufschlag zur Familienbeihilfe zur Absicherung aller Kinder. Das schafft nicht nur Fairness für alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, sondern trägt auch wesentlich zur Abschaffung der Kinderarmut bei - derzeit ist jedes fünfte Kind in Österreich armutsgefährdet⁹. Zusätzlich schafft die Reformierung des Kinderbonus budgetäre Spielräume.

Investitionen in eine gute Zukunft für die Vielen

Unser Budget der Vielen präsentiert ein starkes Investitionspaket in die Zukunft: Investitionen in das, was fürs Leben am wichtigsten ist.

Zukunftsinvestitionen in Care-Leistungen

Gerade jetzt in der sich zuspitzenden Care-Notlage und der sich drastisch verschlechternden Versorgung in Gesundheit, Betreuung und Bildung braucht es ein starkes Investitionspaket in Care-Leistungen:

- Verstärkte Investitionen in Bildung, und besonders auch in Bildung für die Kleinsten/in, damit kleinere Gruppen, höchste Qualität, gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal endlich Realität werden; Gruppen, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren – insbesondere durch deutlich kleinere Gruppen, eine bessere Relation von Pädagog*innen zu Kindern sowie multiprofessionelle Teams.
- Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Kinderbildungs- und -betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag nach den VIF Kriterien, d.h. mit Vollzeitbeschäftigung vereinbar; selbstverständliche flächendeckende Kinderbetreuung muss auch während aller Schulferien gewährleistet sein;
- Ausbau der Ganztagschulen mit Ferienbetreuung in allen Schulferien, Personaloffensive in Elementarpädagogik und Bildung.

⁸<https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2026/04/2026-04-Policy-Note-Schnellanalyse-Budget-2027-2028-Momentum-Institut.pdf>

⁹<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>

- Investitionen in Gesundheit und besonders in umfassende Frauengesundheit und in Gesundheitsvorsorge. Die Erarbeitung einer neuen Frauengesundheitsstrategie ist begrüßenswert. Die entscheidende Frage ist allerdings, wie viel Geld dafür und für die Umsetzung zur Verfügung gestellt wird. Durch eine gute Prävention von Krankheiten leben Menschen länger und gesünder und die Gesamtausgaben im Gesundheitssystem sinken. Maßnahmen dafür sind der Ausbau von Primärversorgungszentren, regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, sowie mehr Community Nurses. Außerdem ist mehr Augenmerk auf Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, zu legen.
- Investitionen in Pflege und Betreuung. Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege: weniger Bürokratie, mehr Zeit für Menschen sowie wirksame Gesundheitsförderung für längeren Verbleib im Berufsleben. Mehr Personal, insbesondere im Nachtdienst sowie das Ende von Einzeldiensten; gerechte Bezahlung in der Pflege: Absicherung des Pflegebonus und Angleichung der Bezahlung der Langzeitpflege an den Akutbereich
- Anstellung aller Menschen in Ausbildung für Care Berufe zu den gleichen Bedingungen wie bei der Polizei
- Investitionen in Jugendliche, in Sozialarbeit, in Street Work, in Integration, in eine Politik, die alle Menschen, die hier leben, willkommen heißt, und die Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration schafft. Stabile Finanzierung und ausreichend Personal in der Sozialarbeit und Inklusion in allen Lebensbereichen; Stärkung der sozialen Arbeit durch bessere Rahmenbedingungen und mehr Personal.
- Mehr Geld für Daseinsvorsorge, Investitionen, die eine öffentliche Anstellung aller Arbeitslosen in sinnstiftenden gemeinnützigen Arbeitsplätzen ermöglichen, in Gemeinden und sozialen Organisationen zu Kollektivverträgen. Diese Arbeitsplatzgarantie wirkt stabilisierend in Krisenzeiten, bringt konjunkturelle Impulse und schafft dadurch keine budgetäre Mehrbelastung.

Kinder- und Frauenarmut beseitigen

Strukturelle Benachteiligungen prägen das Leben von Frauen. Der geplante Fonds für Alleinerziehende zur Unterstützung bei ausbleibenden Unterhaltszahlungen ist begrüßenswert. Allerdings stehen demgegenüber gravierende soziale Kürzungen und Kürzungen in Einrichtungen, die für viele Frauen das letzte soziale Netz darstellen. Besonders marginalisierte Gruppen, wie Migrant*innen und Alleinerziehende sind stark betroffen. Die Bundesregierung muss gegen diese Schieflage vorgehen. Die von der Regierung angekündigten Kürzungen würden Frauen- und Altersarmut weiter verstärken. Statt Kürzungen braucht es soziale Absicherung für Frauen. Dazu gehört:

- Die Rücknahme der angekündigten Anrechnung des Partner*inneneinkommens auf die Notstandshilfe sowie die Rücknahme von Einkommenseinbußen durch die Wiedereinführung der Bezahlung von Arbeitslosenbeiträgen für Geringverdiener*innen sowie die Rücknahme der Streichung der Möglichkeit des geringfügigen Zuverdienstes zum Arbeitslosengeld
- Pensionsanrechnungszeiten für Kinderbetreuung ausweiten und die Beitragsgrundlage für diese Zeiten verdoppeln; Anrechnung von Pflegezeiten auf die Pension;
- Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes – also das, was meist als Mindestpension verstanden wird - auf über die Armutgefährdungsschwelle.

- Investitionen in Arbeitsmarktpolitik und vor allem in die Berufstätigkeit von Frauen sowohl nach einer Babypause als auch Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen, um der Langzeitarbeitslosigkeit durch die Anhebung des Frauen Pensionsantrittsalters und Altersarmut entgegenzuwirken
- Die Umwandlung des teuren “Hochverdiener-Väter-Bonus” alias Familienbonus (2,6 Mrd. Euro) in eine Erhöhung der Familienbeihilfe für alle Kinder.

Investitionen in den Gewaltschutz

Österreich hat sich 2014 zur Ratifizierung und Umsetzung der Istanbulkonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt bekannt. Die nun massive Erhöhung des Frauenbudgets ist überfällig und zu begrüßen. Allerdings deckt das Budget auch mit der Erhöhung nur einen Bruchteil der nötigen Investitionen in Gewaltschutz - ganz abgesehen von der dringend nötigen besseren Förderung von Frauenorganisationen und Absicherung von deren Personal. Die Schattenberichte der NGO`s an die GREVIO-Kommission fordern zur lückenlosen Umsetzung der österreichischen Verpflichtungen eine jährliche Summe von mindestens 270 Millionen Euro. Diese Investition würde Folgekosten in Milliardenhöhe vermeiden. Folgekosten von häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen entstehen im Gesundheitssystem, bei Polizei und Justiz und durch Arbeitsausfall der Betroffenen aber auch durch hohe Therapiekosten für die Betroffenen und auch ihre Kinder. 2021 hat die Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) die jährlichen Folgekosten für Österreich auf 7,3 Mrd. Euro beziffert¹⁰.

Investitionen in Bildung und Inklusion

Kinder mit Behinderungen sind in unserem Schulsystem strukturell benachteiligt. Eine massive Finanzierungslücke klafft schon seit Jahren zwischen Bedarf und Realität auseinander: die Ressourcen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) sind seit 1992 künstlich gedeckelt, nur für 2,7% der Pflichtschüler:innen werden die zusätzlichen Lehrer:innen-Stunden finanziert, aktuell benötigen jedoch 5,4% eine solche Förderung. Österreichs Schulen erleben aktuell einen sonderpädagogischen Versorgungsnotstand. Laut Einschätzungen fehlen ca. 4.000 Stellen, um den Bedarf an Pflichtschulen zu decken. Die Folgen sind steigende Zahlen der Suspendierungen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, viele können nur stundenweise in der Schule sein. Wir können in den letzten Jahren viele Rückschritte in der schulischen Inklusion feststellen, die fehlenden Ressourcen tragen massiv dazu bei¹¹.

Was es jetzt braucht:

- Eine sofortige Notfinanzierung bzw. Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für Herbst 2026 (150 Mio Euro)¹²
- Solange der SPF weiter existiert und es keine allgemeine Ressourcenzuteilung an Schulen zur Förderung **aller Kinder** (egal ob punktuell oder dauerhaft erforderlich) gibt: Eine rasche Anhebung bzw. Abschaffung des SPF-Quote Deckels, um den realen Bedarf abzubilden

¹⁰<https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/infothek/gewalt-gegen-frauen/studienergebnisse/eige-kostenstudie-2021.html>

¹¹ UNO-Behindertenrechtskonvention: Scharfe Kritik an Österreich (12.9.2023): <https://orf.at/stories/3330879/>

¹² Bundesweite Elterninitiative für Kinder mit besonderem Bedarf im Pflichtschulbereich: <https://www.eikib.at/>

- Eine nachhaltige Personaloffensive zur Schließung der ca. 4.000 fehlenden Stellen
- Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allen Schultypen - statt "Abschieben" in Sonderschulen.

Denn inklusive Strukturen und insbesondere inklusive Bildung ist ein Gewinn für ALLE - in inklusiven, gut finanzierten Schulen können alle Kinder ihre Stärken besser entfalten.

Investitionen in Universitäten für wissenschaftliche Vielfalt, bessere Arbeitsbedingungen und demokratische Mitbestimmung

Die Kürzungen im Bildungsbereich betreffen nicht nur Schulen, sondern auch Universitäten. Gerade in Zeiten ökonomischer und gesellschaftlicher Unsicherheit braucht es starke Hochschulen und eine langfristige Perspektive für junge Menschen.

Nach Leistungsvereinbarung 25-27 erhalten die Universitäten und angeschlossene Forschungslandschaft 16,5 Mrd. €. Während für das Doppelbudget 27/28 der aktuelle Ansatz fortgeschrieben wird¹³, ist zu befürchten, dass es sich dabei nur um eine Vertagung der Entscheidung handelt. Für Studierende und Forschende bedeutet das weitere Unsicherheit und das drohende Damoklesschwert der Leistungskürzung. Schon heute arbeiten rund 80% der wissenschaftlich arbeitenden an Österreichischen Universitäten in prekären Vertragskonstellationen¹⁴. Besonders viele junge Forschende verfügen über keine langfristige Perspektive im Wissenschaftsbetrieb. Nach weiteren Kürzungen besteht die Gefahr, dass Stellen nicht nachbesetzt werden, was das Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden weiter verschlechtert und den Druck auf verbleibendes Personal und dessen Arbeitsbedingungen erhöhen würde.

Notwendig ist es nun, den Finanzbedarf der Universitäten zu decken und die ausfinanzierte Forschung und Lehre in Österreich sicherzustellen.

- Ausfinanzierte Leistungsvereinbarung 28-30
- Der Erhalt von Studienplätzen, Studienrichtungen und damit wissenschaftlicher Vielfalt
- Verbessert Arbeitsbedingungen und Planungssicherheit für wissenschaftlich Arbeitende
- Qualitätsindikatoren für Univesitätsstandort nicht anhand von Abschlussquoten festmachen sondern anhand von Betreuungsverhältnis
- Ökonomisierung der Wissenschaft rückgängig machen
- Grundsätzliche Anerkennung der Hochschullandschaft als Rückgrat und Essenz einer zukunftsorientierten Gesellschaft anstatt potenzielles Kürzungsobjekt in Budgetkonsolidierung mit kurzem Zeithorizont
- Stärkung der demokratischen Mitbestimmung von Studierenden in Gremien und Prozessen der Universität und in den Studiengängen.

Investitionen in Klima- und Umweltschutz

Wir brauchen jetzt Investitionen in den Klimaschutz, wenn wir unsere Klimaziele erreichen und unsere Lebensgrundlagen schützen wollen. Jeder Euro, den wir jetzt in den Klimaschutz investieren, spart uns in der Zukunft bis zu 10 Euro an Folgekosten. Für effektiven Klimaschutz braucht es unter anderem:

¹³ <https://orf.at/stories/3431127/>

¹⁴ <https://science.orf.at/stories/3235762/>

- Förderungen für Sanierungen und Heizungstausch: Damit eine langfristig attraktive Förderung umgesetzt werden kann, ist ein ausreichendes Budget unerlässlich. Für den Bereich der Eigenheime wird ein jährliches Fördervolumen von mindestens 1 Mrd. Euro benötigt. Für den mehrgeschossigen Wohnbau braucht es zusätzliche Mittel.
- Einen gut ausgebauten und leistbaren öffentlichen Verkehr, unter anderem erreichbar durch eine Öffi-Preisbremse, die Ticketpreise leistbar hält. Um den Preis des Klimatickets über vier Jahre zurück auf 3 Euro pro Tag zu senken, braucht es öffentliche Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro.
- Weiterfinanzierung des Klimafonds und Aufstockung des Budgets für Klimawandelanpassung
- Ausbau erneuerbare Energien weiter vorantreiben

Investitionen in Kunst & Kultur

Investitionen in Kunst & Kultur und Vielfalt, statt weiterer Kürzungen und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse der Kunst- und Kulturschaffenden; ausreichende soziale Absicherung statt Streichung von Förderungen. Transparente Förderkriterien sind essentiell. Das Zukunftsbudget legt einen Schwerpunkt auf die Förderung von Frauen in Kunst & Kultur.

Investitionen in Friedensarbeit statt ungebremste Militärausgaben

Der einzige Bereich, der unaufhörlich wächst und für den laut EU Vorgaben hohe neue Schulden aufgenommen werden dürfen, während sonst drastisch gekürzt wird, ist das Militär. Die Militärausgaben Österreichs wurden in den vergangenen Jahren verdoppelt. Im kommenden Budget sollen die Militärausgaben erstmals die 5 Milliarden-Marke knacken - und das ist erst der Anfang. Die Militärausgaben sollen auf über 10 Milliarden steigen. Zusätzlich sind bereits Investitionen in Höhe von 17 Milliarden Euro geplant.¹⁵ Statt Milliarden an öffentlichen Geldern für Kriegswaffen an die Rüstungsindustrie zu überweisen, fordern wir Investitionen in soziale Sicherheit und Friedensförderung:

Grundsätzlich sollte mindestens die Hälfte des Militärbudgets für echte Friedensarbeit eingesetzt werden. Für Bildung, für den Frieden, für die Stärkung der sozialen Sicherheit, für internationale Zusammenarbeit, für den Frieden. Kurzfristig konkret budgetieren wir für:

- Einen Aufbauplan und ein Budget für eine aktive Friedenspolitik dotiert mit 500 Millionen Euro jährlich für Friedensarbeit, Friedenssicherung
- Die Einrichtung eines Ministeriums für Frieden und solidarische Zusammenarbeit.
- Ein Bertha von Suttner Friedens-Fonds dotiert mit 50 Millionen Euro.

International zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zu fördern ist eine Investition in globale Stabilität. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Projekte im Globalen Süden fördern gegenseitiges Verständnis und gemeinsame Umsetzung von globalen Zielen wie Klimaschutz und globalen Frieden sichern. Wir budgetieren für eine Verdoppelung der Entwicklungszusammenarbeit, um das globale Ziel von 0,7% des Bruttonationaleinkommens zu erreichen. Gerade in unsicheren Zeiten braucht es Investitionen in globale Gerechtigkeit,

¹⁵ <https://www.derstandard.at/story/3000000269807/bundesheer-will-trotz-sparbedarfs-an-ruestungszielen-festhalten>

Gleichberechtigung, Gewaltprävention, politische Bildung und andere friedens- und demokratiefördernde Maßnahmen.

Fazit: Ein gerechtes, zukunftsweisendes Budget ist möglich und dringlich

Die Bundesregierung kürzt bei Frauen, bei Kindern, bei Menschen in Armut, beim Klimaschutz und bei sozialer Absicherung. Das ist keine Notwendigkeit – das ist eine politische Entscheidung. Und politische Entscheidungen lassen sich ändern.

Das Alternative Budget der Vielen zeigt: Es ist möglich, dieses Budget sozial, ökologisch und gerecht zu gestalten, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen, das Geld dort holen, wo es im Überfluss vorhanden ist - und sinnvoll investieren.

Unser Zukunftsbudget zeigt: Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Mit fairen Beiträgen von den Reichsten sichern wir Zukunftsinvestitionen, von denen alle profitieren. Die Steuervorschläge bringen jährlich Mehreinnahmen von mindestens 30 Milliarden Euro, mittelfristig - je nach Ausgestaltung - auch deutlich mehr. Die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen schafft zusätzliche Spielräume in der Höhe von rund 6 Milliarden Euro.

Dieses Geld können wir in die Grundlagen unseres Wohlstands investieren: in leistbare Kinderbetreuung, in soziale Absicherung, in den Ausbau erneuerbarer Energien. Denn eine soziale Gesellschaft ist auch eine prosperierende Gesellschaft. Und ernst gemeinter Klimaschutz ist kein Luxus – er sichert unsere Lebensgrundlagen.

Unser geschlechtergerechtes, sozial-ökologisches Budget ist finanziert. alle Mehrausgaben sind durch faire Einnahmen gegenfinanziert. Es ist ein ausgeglichenes Budget. Und mehr noch, es ist ein wirtschaftlich sinnvolles Zukunftsbudget: Investitionen in Elementarbildung, Bildung, Gewaltschutz und Klimaschutz sind keine Kosten, sondern bringen mittelfristige Wirtschaftsimpulse und Mehreinnahmen. Sie schaffen Nachfrage, Arbeitsplätze und Stabilität und damit wirtschaftliche Impulse, von denen nicht nur einige wenige profitieren, sondern wir alle.

Die Frage ist also nicht, ob das Geld vorhanden ist. Die Frage ist, ob es den Mut und den politischen Willen gibt, ein gerechtes, zukunftsweisendes Budget vorzulegen.